

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

23.8.1929 (No. 195)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung
Nr. 953
und 954
Postfach
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B.
C. A. Seyfried
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einseit. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassentabell gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Strasse 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhebung, zwangsweiser Verteilung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Haager Krise

Verhandlungen über Sachlieferungsfragen

W.D. Haag, 23. Aug. (Tel.) Die heute vormittag um 10 Uhr im Konferenzgebäude fortgeführte Sitzung der Delegierten Frankreichs, Belgiens, Italiens und Japans mit den deutschen Reichsministern Dr. Curtius und Hilferding dauerte etwa 1 1/2 Stunden und betraf im wesentlichen Sachlieferungsfragen. Die Besprechung wird heute nachmittag 3 Uhr unter Heranziehung von Sachverständigen fortgesetzt werden.

Die Sitzung der vier an der Rheinlandsfrage interessierten Mächte hat darauf um 11 1/2 Uhr begonnen.

General Guillaumat im Haag

W.D. Paris, 23. Aug. (Tel.) General Guillaumat ist gestern abend im Haag angekommen. Er soll genau und in wohlwollendem Geiste die Möglichkeiten einer rascheren Räumung prüfen.

Bruce für Snowden

W.D. London, 23. Aug. (Tel.) „Times“ meldet aus Canberra (Australien): Im australischen Repräsentantenhaus erklärte Premierminister Bruce, Australien unterstütze Snowdens Stellungnahme im Haag.

Martin über die Wirkungen der Haager Konferenz

W.D. Paris, 23. Aug. (Tel.) Der Außenpolitiker des „Matin“ erklärt in einer Betrachtung über die Wirkungen der Haager Konferenz auf die Außenpolitik Deutschlands, Englands und Frankreichs, es sei leider zu befürchten, daß die Politik Snowdens auf politischem Gebiet eine ziemliche Spannung der deutsch-französischen Beziehungen zur Folge haben könne. Die Berliner Presse erklärte dies jedenfalls, und es sei zu befürchten, daß Stresemann sich davon beeinflussen lasse.

Durch die Räumung des Rheinlandes mindestens 52 Monate vor dem vertraglichen Zeitpunkt spare Deutschland 600 Mill. Reichsmark, den ungeheuren moralischen und politischen Erfolg der Operation gar nicht gerechnet. Der Hungplan bedeute im Vergleich zum Dawesplan berechnet, nach fünfjährigen eines vernünftigen Wohlstandes eine mindestens 30prozentige Ermäßigung, und durch die Verbindung der Reparationen mit den alliierten Schulden könne diese Ermäßigung später auf 40 Proz. steigen. Die Saarfrage werde zwar auf der Haager Konferenz nicht behandelt, dies werde aber zweifellos bei den Besprechungen in Paris erfolgen. Die dritte Rane werde neun Monate später, nach Vorliegen des unerlässlichen Beschlusses des französischen Parlaments, geräumt. Wenn man daran denke, daß England trotz seiner liberalen Betuerungen 3 1/2 Monate brauche, um 5000 Mann ohne Material aus dem Rheinland zurückzuführen, dann könne man doch nicht behaupten, daß neun Monate eine zu lange Zeit für die Rückführung von 35 000 Mann und ungeheuren Material seien. Nichtsdestoweniger werde man, wenn dies möglich sei, auch diese Frist noch abkürzen.

Wenn eine Regierung, die derartige Vorteile erzielt habe, tatsächlich der Gefahr ausgesetzt sei, gestürzt zu werden, und wenn andererseits Briand, der diesen Vorteilen zugestimmt habe, wegen einer Differenz von drei oder vier Monaten so scharf angegriffen werde, dann beweise das, daß die Anhänger der Annäherung in Deutschland viel schwächer seien, als man geglaubt habe. Wenn ihre Schwäche aber so groß sei, daß nicht einmal derartige Erfolge sie am Leben ließen, dann werde Frankreich die politische Lage in Europa einer neuen Betrachtung unterziehen müssen.

Englische Stimmen

W.D. London, 23. Aug. (Tel.) Reuters meldet aus dem Haag, es sei gestern abend in der Zusammenkunft der vier Gläubigermächte und des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding vorgeschlagen worden, Deutschland solle auf seine Ansprüche auf einen Teil der 500 Millionen Goldmark verzichten, die sich als Überschuß während der fünf Monate bis zum 1. September d. J. ergeben. Dr. Hilferding soll diesen Vorschlag abgelehnt haben, doch werde die Erörterung heute Vormittag fortgesetzt.

Aber die politische Seite der Verhandlungen erklärt der Haager Korrespondent des „Daily Telegraph“: Frankreich beharrt darauf, daß es unmöglich sei, die Räumung der dritten Rheinlandszone vor September 1930 zu beenden.

Höhere Schulen und Verfassungstag in Preußen

Nach den diesjährigen Verfassungsfeiern in den Schulen sahen sich, wie aus Berlin gemeldet wird, zahlreiche Direktoren der Höheren Schulen veranlaßt, dem Provinzialschulkollegium zu berichten, daß Schüler und Schülerinnen von den Eltern offenbar aus politischen Gründen von den offiziellen Feiern ferngehalten worden seien. Zu diesen Berichten nimmt jetzt das Provinzialschulkollegium Berlin in einer Rundverfügung Stellung, in welcher es heißt:

„Unsere Schulen erziehen Schüler und Schülerinnen zu Bürgern der Republik. Wenn Eltern ihre Kinder zur Feier des Verfassungstages, „unseres einzigen offiziellen vaterländischen Feiertages“, aus politischen Gründen zurückhalten, so würden sie damit die nationale Erziehungsarbeit der Lehrerschaft durchkreuzen.“ Die Verfügung ordnet an, daß in Zukunft in solchen Fällen Schüler auf dem Verweisungswege aus der betreffenden Höheren Schule entlassen werden.

Teilnahme Macdonalds an der Völkerverversammlung. Der englische Ministerpräsident Macdonald wird sich am 31. August nach Genf begeben, um an der Völkerverversammlung teilzunehmen.

Letzte Nachrichten

Tokio—Los Angeles

Start des „Graf Zeppelin“ zur Postfliehfahrt

W.D. Tokio, 23. Aug. (Tel.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist um 3.14 Uhr nachmittags japanischer Zeit (7.14 Uhr mitteleuropäische Zeit) zur Fahrt nach Los Angeles aufgestiegen.

W.D. Tokio, 23. Aug. (Tel.) Noch um 1 Uhr nachmittags hielt man es für unmöglich, daß „Graf Zeppelin“, der am Donnerstagmittag den Start wegen ungünstigen Wetters nochmals hatte verschieben müssen, vor morgen seinen Weiterflug antreten könnte. Auf Grund der Meldungen des Wetterbüros nahm man an, daß die Abfahrt auf mindestens 24 Stunden verschoben werden müsse, da die starken Nordwinde unermindert anhielten. Als die zahlreiche Menschenmenge, die sich auch heute wieder auf dem Flugfeld von Kasumigaura eingefunden hatte, von der Startverschiebung hörte, zerstreute sie sich enttäuscht.

Aber eine Stunde später traten plötzlich Änderungen der Wetterlage auf, und kurz nach 2 Uhr wurde auf Grund der neuen Wetterlage der Start des Luftschiffes auf 3 Uhr nachmittags festgesetzt. Wenige Minuten später erfolgte die Alarmierung der Bad- und Haltemannschaften. Die Passagiere des „Graf Zeppelin“ waren am Vormittag nicht nach Tokio zurückgekehrt. Sie wollten auch für den Fall, daß der Start auf morgen hätte verschoben werden müssen, in ihren Kabinen im Luftschiff übernachten. Um 3.13 Uhr erfolgte dann unter den begeisterten Jubeln der Menge der Abflug, der sich ohne Schwierigkeiten vollzog. Das Luftschiff entfernte sich in schneller Fahrt in nordöstlicher Richtung. Bereits um 3.20 Uhr war es den Blicken entschwunden.

Auf der neuen Fahrt Tokio—Los Angeles hat das Luftschiff 19 Passagiere an Bord. Außerdem kam auch Oberingenieur Bäuerle, der die Refüllung des Luftschiffes in Kasumigaura vorzubereiten und zu überwachen hatte, für den Rest der Fahrt an Bord, so daß die Kopfzahl der Besatzung sich von 41 auf 42 erhöhte. Acht Mitglieder der Besatzung werden das Luftschiff in Los Angeles verlassen und im Flugzeug oder mit der Bahn nach New York reisen, um die Belastung des Luftschiffes während der Überfliegung der Rocky Mountains zu vermindern.

Ein Getreidehandelsmonopol für Österreich?

W.D. Wien, 23. Aug. (Tel.) Im gestrigen Ministerrat ist der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft in einem Referat über die Notlage der österreichischen Landwirtschaft für die Einführung eines Getreidehandelsmonopols eingetreten. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Die Frage dürfte beim Zutritt des Parlaments zur Beratung gelangen.

Russische Stimmungsmache

W.D. Moskau, 22. Aug. (Tel.) (Telegraphenagentur der Sowjetunion) Die Meldungen über andauernde Einfälle von hinfälliger Seite im Sowjetgebiet und über zunehmende Repressalien gegen Sowjetbürger in der Mandchurie riefen einen erneuten Entrüstungsturm unter den Werttätigen der Sowjetunion hervor. Zahlreiche Arbeiterversammlungen billigen reißend die jüngste Regierungserklärung und verlangen, daß vor entschiedeneren Maßnahmen zur Fügung der Kriegspolizei nicht halt gemacht werde. In zahlreichen Betrieben beschloßen die Arbeiter, sich als mobilisiert zu betrachten und auf die erste Aufforderung hin in die Rote Armee einzutreten. Zum Wehrdienst werden Beiträge abgeführt, und die Profamierung des 25. August zum Tag der Landesverteidigung wird beantragt. In den Dörfern fahnen die Bauern den Beschluß, die Getreideüberschüsse dem Staate zu verkaufen. Die Bauernjugend meldet sich massenweise zum Freiwilligendienst in der Roten Armee an.

Tagung der Unterrichtsminister

Der Reichsminister des Innern hat die Unterrichtsministerien der Länder zu einer Tagung des Ausschusses für das Unterrichtswesen nach Berlin eingeladen. Diese Tagung soll am 20. und 21. September in Berlin stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte:

1. Berechtigungsverfahren (mittlere Reife), Vereinbarung über Frauenschule und Frauenerbschule, Vereinheitlichung der Kindergärtnerinnenausbildung, Zentralstelle für pädagogischen Austausch mit dem Auslande, Verteilung der Erziehungsbeihilfen, Wiedereröffnung der Richtlinien über Schul- und Berufsberatung durch das Reichsarbeitsministerium, einheitliche Regelung der Überweisung volks- und forsbildungsschulpflichtiger Schüler im Falle des Wegzuges, Aufnahme von künftigen Volksschullehrern (Lehrerstudenten) in die Studienlistung des deutschen Volkes, Vereinbarungen über das Privatstudium, Abänderung der Vereinbarung der Länder über die gegenseitige Anerkennung der Reifeprüfungen.

Spanischer Flottenbesuch in Swinemünde. Ein aus vier Schiffen bestehendes spanisches Geschwader ist in Swinemünde eingelaufen. Die Flotte, die zu den modernsten der spanischen Flotte gehört und im Jahre 1926 in Dienst gestellt wurde, besteht aus dem Führerschiff „Sanchez Baizigui“ und drei Torpedobootzerstörern „Alfaro“, „Belasco“ und „Lacaga“.

Wirtschaftliche Umschau

Änderungen des Gütertarifs — Das Kohlenproblem — Die Mündelsicherheit — Lokomotivbau

Über zwei für Baden bedeutame Änderungen des Gütertarifs der Reichsbahn wurde kürzlich berichtet. Die eine Änderung soll ab 1. Oktober eintreten und bedeutet, daß englische sowie holländische Steinkohlen, die auf dem Wasserweg in Oberrheinhäfen (Karlsruhe, Mannheim usw.) ankommen und von dort aus auf die Bahn umgeschlagen werden, eine erhebliche Frachterhöhung erfahren, während für deutsche Kohlen die besonderen Umschlagtarife ab Oberrhein nach Süddeutschland weiter bestehen bleiben. Gegen diese Absicht der Reichsbahn haben sich jedoch die freien Kohlenhändler von Mannheim, Karlsruhe, Frankfurt und Stuttgart in einer Entschließung gewendet. Bei der englischen und holländischen Kohle handelte es sich um eine hochwertige Kohle, und den Fuhrzwecken werde nun die Möglichkeit gegeben, nach Belieben eine Preiserhöhung durchzuführen, die dann von Industrie und Handwerk hingenommen werden müßte. Auch für den Kleinhandel und Kleinerwerb könnten unabsehbare Folgen eintreten. Die Interessengruppe des Ruhrgebiets suchte lediglich eine Monopolstellung und erstrebe deshalb die Ausschaltung der Konkurrenz des Auslandes und des freien Kohlenhandels.

Die Entschließung, der auch Vertreter der Binnenverkehrsfahrt, der Hafenverwaltungen u. Umschlagsplätze zustimmten, weist somit auf eine Gefahrenquelle einer an sich vom allgemeinen volkswirtschaftlichen Standpunkt durchaus vertretbaren Maßnahme hin, von der man wohl auch eine Schädigung der oberrheinischen Hafenplätze befürchtet. Der Hinweis auf Monopolbestrebungen der Ruhr muß jedoch zu denken geben, denn wir haben Beispiele auch auf anderen Marktgebieten, wo sich die Preise nach Wegfall der ausländischen Konkurrenz prompt steigerten. Deutschland ist bekanntlich in der Kohlenproduktion ein Überflusland. Infolge der Überproduktion in der Welt liefert es Kohlen zu niedrigeren Preisen für das Ausland als nach dem Inland, und das Ausland andererseits, dessen Gruben auf dem Wasserweg sehr günstig liegen, sucht mit Erfolg Absatz in Deutschland. Solange nicht unter staatlicher Mitwirkung und unter Sicherung der Kohlenkonsumenten eine internationale Kohlenverständigung geschaffen ist, wird diese komplizierte Situation auf dem Kohlenmarkt andauern. Mit der Nationalisierung der Weltkohlenwirtschaft soll sich bekanntlich die für Ende September nach Genf einberufene internationale Kohlenkonferenz beschäftigen. Wahrscheinlich wird man aber zum internationalen Kohlenfrieden nur in Etappen gelangen können. Hierzu haben sich die Ausführenden nach der endlich gelungenen Syndizierung der englischen Kohlenindustrie geäußert, was die bereits für den holländischen Markt gelungene Teilverständigung zwischen deutschen, englischen, holländischen und belgischen Exporteuren beweist.

Die andere für Baden wichtige Änderung des Gütertarifs der Reichsbahn betrifft die bisher schon geltenden Seehafen- und Durchfuhrtarife zwischen den Seehäfen und den deutsch-schweizerischen Grenzübergangsbahnhöfen Basel, Singen und Konstanz. Diese Tarife sollen nun dadurch für Sendungen deutscher Herkunft und Bestimmung dienstbar gemacht werden, daß die bisher untersagte Ein- und Ausfuhr auf Umwegen über die oben genannten Grenzbahnhöfe gestattet wird. Eine Bestimmung der Reichsbahn findet hierbei allerdings Kritik, nämlich die, daß die Ware auf jeden Fall den Umweg über den Grenzbahnhof wirklich macht, also in wenig rationaler Weise dorthin und dann eventuell an ihrem Verladeort wieder vorbeiführt wird.

Geldanlagen können einmal durch Währungsverfall vernichtet oder auf ein Minimum verringert werden, außerdem kann eine weitgehende Verringerung durch Sinken des Werts der betreffenden Papiere aus verschiedenen Gründen erfolgen. Für auszuliehende Mündelgelder wurde bei der Frage der Mündelsicherheit im Bürgerlichen Gesetzbuch die erstere Möglichkeit nicht berücksichtigt, dagegen für die Anlage der Gelder in Hypotheken und bei Sparkassen und in Schuldverreibungen bestimmte Vorschriften erlassen. Der Begriff der Mündelsicherheit hat auch über die Anlage von Mündelgeld hinaus Bedeutung, da nur die sog. mündelsicheren Papiere sich nach den Vorschriften des BGB. zu Sicherheitsleistungen überhaupt eignen. Ebenso ist für die Anlage

der großen Vermögensmassen verschiedener öffentlicher Institutionen, auch der öffentlichen und privaten Versicherung der Begriff der Mündelsicherheit von großer Wichtigkeit. Vor einiger Zeit hat das Reichsjustizministerium einen Fragebogen über eine etwaige Reform der Mündelsicherheit verfaßt. Im Anschluß daran hat sich über dieses Thema zwischen den Spitzenverbänden der privaten und öffentlichen Geldinstitute eine Aussprache entwickelt.

Die Sparkassen wehren sich dagegen, daß ihre Mündelsicherheit vom Erlaß neuer Bestimmungen abhängig gemacht werden soll, vor allem davon, daß die Sparkassen keine Sparkassenfremden Geschäfte treiben dürfen, und daß zwei Drittel aller Anlagen mündelsicher sein sollen, wie das von seiten privater Geldinstitute verlangt wird. Die Sparkassen könnten in diesem Fall nicht mehr ihre Aufgabe der Kreditversorgung des Mittelstandes erfüllen. Natürlich müßten die Großsparkassen mit wesentlich höheren Summen arbeiten als kleine. Unter den größeren Darlehen spielen auch die Vorschüsse für Bauzwecke eine wichtige Rolle, die später hypothekarisch gesichert werden. Auch die Kommunalanleihe der Sparkassen seien zu den mündelsicheren Anleihen zu rechnen und als ebenso sicher wie die übrigen öffentlichen Kredite und Hypotheken anzusehen. Ende 1928 seien 53,2 Proz. der Gesamtaktiven und 74,2 Proz. der Spareinlagen der Sparkassen langfristig und mündelsicher im engeren Sinne angelegt gewesen. Eine Vorschrift einer noch stärkeren langfristigen Festlegung bedrohe die Sparkassen mit der Gefahr der Illiquidität.

Auch der Verband der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten ist im Gegensatz zu den Organisationen der Privatwirtschaft der Auffassung, daß eine Reform im Interesse der Mündelsicherheit nicht notwendig sei, im Augenblick aber dem öffentlichen Kredit schaden würde. Außerdem hätten die Landesregierungen das Recht, entsprechend den örtlichen Verhältnissen die Anlagemöglichkeiten zu erweitern. Eine Ausdehnung auf Industrieobligationen hätte eine verschiedene Klassifizierung privatwirtschaftlicher Unternehmungen zur Folge und würde den öffentlichen Kredit im Inland und Ausland beeinträchtigen. Auch dürfe die Mündelsicherheit nicht als Werbemittel für geschäftliche Zwecke benutzt werden. Insbesondere wendet sich der Verband gegen die von den privaten Geldinstituten vorgeschlagene individuelle Prüfung der Zulassung der Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten, deren Obligationen bisher noch niemals notleidend geworden seien.

Die Lage des deutschen Lokomotivbaues kennzeichnet sich dadurch, daß für die vorbandenen Fabriken sowohl die Inland- wie die Auslandsaufträge bei weitem nicht zureichen. Für das Inland ist der Hauptauftraggeber die Reichsbahn. Wie es heißt, wird der Verwaltungsrat der Reichsbahn im September bei der Entscheidung über die zu vergebenden Aufträge nur 60 Lokomotiven, das sind 5 Proz. der jährlichen Vorkriegsmenge, bestellen, und davon sollen mehr als ein Drittel den beiden Lokomotivbauanstalten in Ostpreußen (Schichau in Elbing und Union in Königsberg) zukommen, die aus Gründen der Grenzlandpolitik auch Subventionen erhalten haben. Die Auslandsaufträge fließen ebenfalls spärlich, wenn auch zuletzt 100 Dampflokomotiven im Wert von 12 Mill. Reichsmark vom rumänischen Verkehrsministerium bei deutschen Fabriken bestellt worden sind. Während 1913

#### Religiöse Kunst in Freiburg

Aus Anlaß der 68. Generalversammlung der Deutschen Katholiken in Freiburg i. Br. veranstaltet die Stadt Freiburg zwei Ausstellungen. Im Erdgeschoss des Augustiner Museums findet eine Ausstellung alterer kirchlicher Kunst statt. Hier werden Werke aus dem Besitz des Fürstbischöflichen Diözesanmuseums, des Freiburger Münsterarchivs und der städtischen Sammlungen, sowie Kopien mittelalterlicher Glasmalereien aus dem Besitz von Prof. Dr. h. c. Fris Geiges gezeigt werden. Das Benzinger-Haus bietet eine **Ragarener Ausstellung**. Diese Ausstellung zeigt eine Reihe wertvoller Zeichnungen und Aquarelle der „Ragarener“ genannten deutsch-römischen kirchlichen Künstler des frühen 19. Jahrhunderts und ihres Umkreises. Auch der Kunstverein Freiburg i. Br. stellt seine August-September-Ausstellung in den Gedanken des Katholikentages. Im Kunstvereinsgebäude veranstaltet er eine Ausstellung „Das religiöse Bild in Familie und Haus“. Im Columbienschloß wird gleichzeitig eine **Emil-Viger-Ausstellung** sein. Bei der Eröffnung am Samstag wird Otto Ernst Suter, Frankfurt a. M. einen Eröffnungsvortrag halten.

Ein Dichterkain bei St. Martin (Pfalz). Verkehrs- und Verschönerungsverein des bekannten Weinortes St. Martin in der Pfalz haben es unternommen, drei hervorragende Sänger des Pfälzerwaldes und des Pfälzerlandes, den verstorbenen Stadtpfarrer von Obentoben, Joh. Martin Jäger, bekannt unter dem Dichternamen Fritz Claus, die Karlsruher Mitbürgerin Frau Lina Sommer, eine gebürtige Pfälzerin, und den auch in Karlsruhe sehr geschätzten Dichter August Heinrich in Wellheim, genannt der „Wellemer Heimer“, durch einen ihnen gewidmeten Kain zu ehren. Auf dem Wege von der Kropfsburg zur Kalmitt, der höchsten Erhebung der Pfalz, nicht weit von St. Martin, liegt in einem lauschigen Winkel der Schwabensfels, ein mächtiger Felsblock aus Buntsandstein, in den der Karlsruher Bildhauer Wilhelm Kollmar die Reliefs der genannten drei Sänger des Pfälzerlandes eingehauen hat. Am kommenden Sonntag, mittags 12 Uhr, findet die Einweihung des Kains und die Enthüllung der Bildnisse statt. Daran anschließend ist gemeinsames Essen der Festteilnehmer auf der Kropfsburg bei einem guten Tropfen Wein. Um 3 Uhr geht ebenfalls die Feier des 15jährigen Stiftungsfestes des St. Martinerverkehrsvereins und des 30jährigen Stiftungsfestes des Verschönerungsvereins vor sich. Angesichts der engen Beziehungen Karlsruhes mit der Pfalz, besonders der Vorberpfalz, werden die Karlsruher Stadtverwaltung, der Verkehrsverein, der Pfälzerwaldverein, der Saarverein und andere Vereine bei den Veranstaltungen vertreten sein. Aber auch die gesamte Einwohnerschaft ist dazu freundlich eingeladen. Die bestehende Sitzungsverbinding bietet günstige Fahrgelegenheit.

Deutschland Dampflokomotiven im Gesamtwert von 51,5 Mill. Reichsmark ausführte, betrug dieser Wert 1928 nur 21,4 Mill., für die erste Hälfte 1929 nur 6,5 Mill. 26 Lokomotiven wurden auf Reparationskonto ausgeführt, hauptsächlich nach Frankreich.

Kürzlich hat der Leiter der größten deutschen Lokomotivfabrik, der Henschel-Waßel AG, Kassel und München erklärt, daß vorläufig nur der Kampf die weitere Vereinigung dieser übersehten Industrie bringen könne. Auch im Auslandgeschäft sei ein offener Wettbewerb immer noch wirtschaftlicher als eine künstliche, höchstens dem Ausland die Konkurrenz erleichternde Verständigung, für welche die Zeit erst kommen werde, wenn der heutigen unwirtschaftlichen Produktion durch weitere Zusammenlegungen und Stilllegungen ein natürlicher Gesundungsprozeß ein Ende bereite. Nach Henschel-Waßel, die vor allem an dem erwähnten rumänischen Auftrag beteiligt ist, verfügt Krupp nun über die zweitgrößte Reichsbahnquote. In Krupps Besitz ist jetzt auch die Quote der einzigen badischen Lokomotivfabrik, der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe, gelangt, die feinerzeit von der Hohenzollern AG, Düsseldorf, käuflich erworben worden war, nachdem diese Gesellschaft ihre Quoten an Krupp abgetreten hat. Henschel und Waßel als eine Fabrik gerechnet haben wir in Deutschland noch 13 Lokomotivbauanstalten, mit deren weiteren Verringerung zu rechnen ist.

### Die Gasfernversorgung Südwestdeutschlands

#### Ruhrgas, Saargas und Gemeinden

Im Verlauf der Verhandlungen über die Gasversorgung der in der Heloga (Heißische kommunale Gasversorgung) zusammengeschlossenen heißischen Gemeinden und Gemeindeverbände haben in Darmstadt unter dem Vorsitz des heißischen Innenministers Besprechungen zwischen den verschiedenen Verbraucher- und Gaslieferantengruppen stattgefunden. Zur Erörterung stand die Frage, inwieweit jetzt, nachdem die Verhandlungen zwischen Heloga und Ruhrgas-AG, vorangeschritten sind, eine Plattform für die gemeinsame Gasversorgung im gesamten Rheingebiet gefunden werden könne. Zur Erzielung des höchsten wirtschaftlichen Nutzeffekts wird dabei der Plan erwogen, das Fernleitungssystem von einer gemeinschaftlichen Gesellschaft betreiben zu lassen, an der die Verbraucherorganisationen einschließlich der Länder, sowie die Gaslieferanten beteiligt sind.

Nachdem es Mitte Juli in Bonn zwischen der Ruhrgas-AG und den in der Ferngas-Gesellschaft Saar zusammengeschlossenen Gruppen zu einer Verständigung über die Versorgung Südwestdeutschlands mit Ferngas gekommen ist, wurde ferner erörtert, wie diese Abmachungen praktisch durchgeführt werden können, damit der Saar die teilweise Gasversorgung gesichert würde, was für die künftige Entwicklung des gesamten Saargebietes und seine Audeingliederung in die deutsche Wirtschaft von größter Bedeutung wäre.

Die Verhandlungen, in denen neben dem Verband der Heloga, der Ruhrgas-AG, und der Ferngas-Gesellschaft Saar auch Vertreter der Saargas (Südwestdeutsche Gasgesellschaft in Frankfurt a. M.) sowie des preussischen Handelsministeriums beteiligt waren, dürften in absehbarer Zeit fortgesetzt werden.

### Kraftpostreisende sind gegen Unfälle versichert

Die kürzlich von einer Berliner Zeitung gebrachte Nachricht, daß Reisende, die bei einer Sonderfahrt mit Kraftwagen der Deutschen Reichspost am 4. September 1928 einen Unfall erlitten hatten, nicht entschädigt worden seien, ist unzutreffend. Den betreffenden Reisenden sind die Kosten des Heilverfahrens bis zu dem Höchstbetrag von 1000 M anstandslos eristet worden. Sie waren ferner, wie alle Kraftpostreisenden, mit 20 000 M für den Invaliditätsfall bei einer leistungsfähigen Privatgesellschaft versichert. Nach den Versicherungsbedingungen hatten sie ihren Anspruch auf die Entschädigung nach der Invaliditätssumme innerhalb eines Jahres bei der Versicherungsgesellschaft geltend zu machen. Das haben sie aber versäumt und sind erst am 15. April 1929 mit ihrem Anspruch hervorgetreten, nachdem dieser verfallen war. Im übrigen sind Kraftpostreisende nach § 11 des Postgesetzes und unter Berücksichtigung der für sie ohne Zahlung besonderer Prämien abgeschlossenen Unfallversicherung weit günstiger gestellt, als die Fahrgäste anderer Kraftwagen, da diese gegen den Halter des Kraftfahrzeuges nur dann einen Anspruch auf Schadenersatz haben, wenn der Fahrgasthalter oder eine Person, für die er einzustehen hat, den Unfall verschuldet hat, während die Post auch ohne Verschulden haftet.

### Die Tagung des Reichsstädtebundes in Kiel

Im weiteren Verlauf der Sitzung des Städtetages in Kiel wurden Vorträge über die Bedeutung der Klein- und Mittelstädte gehalten. Prof. Dr. Peters betonte besonders, daß die Erhaltung der Mittel- und Kleinstädte ein Gebot politischer Klugheit sei. Vizepräsident Dr. Voigt wies sodann darauf hin, daß die moderne Verfassungsform den Abgeordneten eine besondere Verantwortung auferlege. Die beste Berufsschule für den Politiker sei die Selbstverwaltung, deren Universalität alle Gebiete der hohen Politik mit Ausnahme der Außenpolitik umfasse. Der Redner ging dann auf die bevölkerungspolitische Bedeutung der Klein- und Mittelstädte ein, die neben dem platten Lande die großen Zubringer und Erhalter der Großstädte seien.

Räumung von Königsstein. Dem Magistrat Königsstein (Saunus) ist durch den örtlichen englischen Besatzungsvertreter mitgeteilt worden, daß Königsstein am 20. September geräumt werden soll. Entsprechenden Befehl des Hauptquartiers sehen die dortigen Stellen entgegen.

Der englische Baumwollkonflikt. Das mit der Beilegung des Konflikts in der Baumwollindustrie betraute Schiedsgericht in Manchester hat entschieden, daß die Forderungen der Arbeitgeber nach einem Lohnabbau von 12½ Proz. berechtigt seien. Die reduzierten Löhne sollen am zweiten Jahrtag der am 14. September d. J. zahlenden Woche in Kraft treten.

Die argentinische Regierung ist, wie aus Santiago di Chile gemeldet wird, zurückgetreten.

Auf der Blei-Scharley-Grube bei Beuthen (Oberschlesien) verunglückten durch Zubruchgehen einer Streda zwei Bergarbeiter tödlich, während zwei ander noch lebend geborgen werden konnten, von denen allerdings der eine ebenfalls im Anappschlagslagarett inzwischen seinen Verletzungen erlegen ist.

### Um die Reform der Arbeitslosenversicherung

#### Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages

Führte am Donnerstag der demokratische Abg. Schneider (Berlin) aus: Die Vorlage befriedige nicht, weil sie die Sanierung der Reichsanstalt nicht bringt. Sie enthalte wohl eine Reihe von Verbesserungen; die Sanierung der Reichsanstalt werde aber weder durch die Vorlage noch durch die Anträge der Parteien, noch durch die Vorschläge des Sachverständigenausschusses herbeigeführt. Diese Vorschläge hätten überdies den großen Nachteil, daß sie die Leistungen allgemein herabsenkten, wodurch insbesondere die älteren Angestellten und Arbeiter stark benachteiligt werden. Die geplante Regelung der Saisonarbeit sei eine Verzerrung des Begriffes der Solidarität, denn die geringer entlohnten Arbeitnehmer müssen durch ihre höheren Beiträge eine Mehrlast aufbringen für die besserbezahlten, deren Unterhaltung oft höher sei als der Lohn derer, die für sie die Beiträge aufbringen. Würde eine Trennung nach Berufsgruppen vorgenommen, so sei die Arbeitslosenversicherung ohne Beitragserhöhung zu sanieren, und es könnte der wirtschaftlichen Lage und dem Mißtrau der einzelnen Berufsgruppen besser Rechnung getragen werden. Zeit für eine derartig zweckmäßige Reform sei noch vorhanden, wenn der gute Wille besteht. Man müsse für das Bauhandwerk, die Landwirtschaft und die Angestellten besondere Abteilungen schaffen, in denen den besonderen Bedürfnissen dieser Gruppen besser Rechnung getragen werden könne.

Abg. Niesener (Str.) erklärte, eine baldige Verabschiedung der Vorlage, der seine Freunde im großen und ganzen zustimmen, sei im Interesse einer Beruhigung aus sozialpolitischen Gründen erforderlich.

Abg. Freidel (Wirtschaftsp.) bedauerte gleichfalls, daß die Vorlage keine vollständige Sanierung der Reichsanstalt bringe.

Abg. Agena (Dnail.) war der Ansicht, daß manche Bestimmungen der Regierungsvorlage die Kleinbauern und die Kleingewerbetreibenden in der Landwirtschaft stark belasteten. Man solle sich überlegen, ob man diese Kreise, die eigentlich gar nicht in den Rahmen der Versicherung paßten, nicht besser ganz herausnehme.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärte, daß bei der gespannten Lage der Reichsfinanzen an eine Deckung des Defizits von 47 Millionen aus Reichsmitteln nicht zu denken sei. Damit war die allgemeine Aussprache beendet.

Der Ausschuss des Reichstages lehnte den deutschnationalen Antrag, wonach die **Erfassungen der Angestelltenverbände** befragt sein sollten, die Erledigung der Arbeitslosenversicherung für ihre Mitglieder auf dem Wege der Selbsthilfe unter Reichsaufsicht durchzuführen, gegen die Stimmen der Antragsteller ab.

Das Gesetz zur Reform der Arbeitslosenversicherung ist, wie jetzt mitgeteilt wird, vom Reichstagnitt mit 7 gegen 4 Stimmen angenommen worden. Gegen die Vorlage haben, wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ berichtet, außer den beiden volksparteilichen Ministern **Strefemann** und **Curtius** der Reichsernährungsminister **Diétrich** und der Reichsfinanzminister **Dr. Hilferding** gestimmt.

Der „Frankf. Ztg.“ zufolge hatte das Finanzressort zwar wegen der bekannten finanziellen Lücke gegen den Entwurf gewichtige Bedenken, es war aber mit seiner Verabschiedung im Kabinett einverstanden unter der Bedingung, daß der Entwurf dem Sozialpolitischen Ausschuss und dem Reichsrat als „Grundlage für weitere Verhandlungen“ übergeben werde; vorausgesetzt war dabei, daß in diesen weiteren Verhandlungen die Lücke derart geschlossen werde, daß keine neue Veranforderung der Reichskasse in Frage kommt.

### Die werteschaffende Arbeitslosenfürsorge

Die werteschaffende Arbeitslosenfürsorge war am Mittwoch Gegenstand einer Besprechung von Mitgliedern des Sozialpolitischen und des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages und Vertretern der interessierten Ressorts. Im wesentlichen handelte es sich dabei darum, ob Mittel zur Fortführung und Beendigung von Arbeiten der werteschaffenden Arbeitslosenfürsorge bereitgestellt werden können. Die Notwendigkeit und Dringlichkeit von Maßnahmen, um dem Verfall wirtschaftlicher Werte vorzubeugen, wurde einmütig zugegeben. Der Reichsarbeitsminister wurde gebeten, baldmöglichst eine Zusammenstellung solcher Arbeiten vorzulegen, deren Fortführung wegen Mangel an Mitteln in Frage gestellt ist. Bestimmte Beschlüsse wurden schon mit Rücksicht auf die mangelnde Finanzlage des Reiches nicht gefaßt.

### Ein Deutscher Sieger im Europarundflug

Nach dreitägiger Verhandlung hat der mit der Prüfung der Ergebnisse des Internationalen Europarundfluges betraute Sportauschuss in Paris die Liste der Punktbewertung festgestellt, derzufolge der deutsche Flieger **Fritz Morzik** von der Deutschen Verkehrsflieger Schule als Sieger aus dem Wettbewerb hervorging. Die endgültige Platzierung der übrigen Teilnehmer kann erst später erfolgen, da gegen drei Flieger eine Untersuchung wegen Ueberschreitung einer verbotenen Zone in Italien eingeleitet worden ist, deren Ergebnis auf die Gesamtbewertung einen Einfluß haben kann.

Der Stand der Typhuserkrankungen in Weissenburg betrug am Donnerstag 101. Ein Erkrankter ist an Typhus gestorben. Ein weiterer wurde als geheilt entlassen.

Am Bord des französischen 10 000-Tonnen-Kreuzers „Duguay-Trouin“ ereignete sich, als in Toulon das Schiff festmachen wollte, eine **Explosion**, bei der drei Mann der Besatzung getötet und zwei verwundet wurden.

### Zeitschriftenschau

„Die lebendige Stadt“. So nennt sich die sehr hübsch aufgemachte **Zweimonatsschrift der Stadt Mannheim** mit doppelem Recht: lebendig ist, wie auch an sehr zahlreichen guten Photos gezeigt wird, diese stark aufstrebende Stadt, und lebendig ist die Zeitschrift selbst. Diesmal sind es mehr Fragen des äußeren Stadtbildes, die in den Vordergrund gestellt sind. Neblame — in einem weiteren Sinn der vorherrschende Faktor bei jeder Gestaltung — wird in der Wirkung auf das Stadtbild sehr instruktiv und illustrativ dargestellt. Das vorliegende Heft ist dem großen städtischen Hotelneubau „Palast-Hotel Mannheimer Hof“ gewidmet. In einer Anzahl weiterer Photos wird aber ferner noch ein Ausschnitt aus dem Mannheimer Werdebauten und Läden gegeben. Es ist der Redaktion wiederum zu glücken, ein aktuelles Zeithema anschaulich und überzeugend zu gestalten. Man muß den mutigen Lebenswillen Mannheims bewundern und kann es zu seiner reizvollen Zeitschrift, mit der es zeigen will, was es leistet, und was es plant, nur beglückwünschen.

Analysen auf der Tauerbahn

Auf der Tauerbahn stieg am Donnerstag der Schnellzug Prag-Triest, kurz nachdem er die Station Schwarzach-St. Veit verlassen hatte, mit einem Personenzug zusammen. Die Lokomotiven beider Züge fuhrten ineinander. Der Radwagen des Schnellzuges wurde zertrümmert, die beiden anschließenden Wagen 2. und 3. Klasse wurden ineinandergeschoben. Vom Personenzug Billach-Salzburg wurden die ersten drei Waggons förmlich ineinandergeschoben. Fünf Personen wurden getötet, etwa 20 verletzt, darunter mehrere schwer. Es befinden sich auch Reichsdeutsche darunter.

Badischer Teil

Südwestdeutscher Republikanertag

Dem Ehrenausschuß des vom 31. August bis 1. September in Mannheim stattfindenden Südwestdeutschen Republikanertag gehören u. a. an: Polizeidirektor Dr. Baber, Oberbürgermeister Dr. Heimerich, Bürgermeister Wötter, General von Deimling, Innenminister Dr. Kemmele, Staatspräsident Dr. Schmitt, Oberpostdirektor Stöhr.

Der 35. Deutsche Weinbaukongress

Die ersten Kongreßteilnehmer zum 35. Deutschen Weinbaukongress in Offenburg sind bereits eingetroffen. Ein großes Kontingent der Besucher stellen naturgemäß die Ausländer, die seit etwa 8 Tagen schon in Offenburg weilen, um in den Ausstellungshallen ihre Geräte und Maschinen aufzubauen. Die Hotels und Gasthöfe reichten zur Unterbringung der großen Besucherzahlen nicht aus, so daß zahlreiche Privatquartiere in Anspruch genommen werden mußten. Offenburg zieht schon jetzt sein Festkleid an, um seine Gäste würdig zu empfangen. Im städtischen Rathaus herrscht reges Leben und Treiben. Hier werden die Wagen für den Festzug hergerichtet und geschmückt, soweit sie nicht von auswärts kommen.

Ein Gang durch die Ausstellung, die noch im Aufbau befindlich ist, läßt nur ahnen, welche Fülle von Sehenswürdigkeiten sich den Besuchern zeigen wird. Man ist überrascht über die Menge von Gegenständen, die in der technischen Abteilung zur Ausstellung gekommen sind. Firmen von weither haben es sich nicht nehmen lassen, den Kongress zu beschicken. Auch die chemische Industrie ist mit ihren größten Unternehmungen außerordentlich gut vertreten. Die kulturhistorische Abteilung der Ausstellung sowie auch die Ausstellung des Badischen Weinbauinstituts in Freiburg i. Br. sind über insgesamt 16 Räume verteilt und nahezu fertiggestellt. Sie würden auch einer großstädtischen Ausstellung Ehre machen.

Am den Abenden finden eifrig Proben für das am Begrüßungsabend am Samstag stattfindende Festspiel „Andreaswein“ statt. Am dem 35. Deutschen Weinbaukongress werden der badische Staatspräsident Dr. Schmitt und der badische Innenminister Dr. Kemmele teilnehmen. Voraussichtlich wird auch Reichsernährungsminister Dr. Dietrich den Verhandlungen anwohnen.

Aus der badischen Landwirtschaft

Der Obstmarkt Bühl hat zur Zeit fast den Höhepunkt erreicht. Tagtäglich werden an die 2400 Kisten Obst aufgeführt und auch glatt verkauft. Der Verband steigert sich jetzt von Tag zu Tag. Am Dienstag rollten von Station Bühl 101 Waggons, am Mittwoch deren 108 nach allen Teilen Deutschlands ab. Das Bühler Gebiet hat eine Rekorderte dieses Jahr, besonders in Frühweinsorten, zu verzeichnen. Leider läßt der Preis zu wünschen übrig. Preise: Mirabellen 18-22, Pfirsiche 45-60, Frühweinsorten 7-8, Birnen 10-26, Apfel 9-15 Pf. pro Fund.

Die badischen Tabakereausichten. Der Stand der Tabakfelder ist als gut zu bezeichnen. Die Pflanzen sind von Schädlingen freigeblichen und versprechen eine ausgezeichnete Qualität zu geben. Die Trockenheit dieses Sommers hat die Blätter zwar in der Größe etwas zurückbleiben lassen, so daß die im ganzen als gut zu bezeichnende Ernte in der Menge nicht das gibt, was bei genügender Feuchtigkeit zu erwarten gewesen sein würde. Von der stärksten Trockenheit hat jedoch die Qualität profitiert. Die Tabakpflanzler sind mit den Ausichten recht zufrieden.

Aus der Landeshauptstadt

Die Karlsruher Herbsttage

Das große badische Brudner-Fest

Für die traditionell gewordenen Karlsruher Herbsttage ist auch dieses Jahr ein großzügiges Programm vorgesehen, das als Spitzendarbietung diesmal eine bedeutende kulturelle Veranstaltung, das große badische Brudner-Fest mit Brudner-Ausstellung bringt. Die Karlsruher Herbsttage gehen von jeher weit über den lokalen Rahmen hinaus, da sie stets ein getreues Spiegelbild des kulturellen Lebens unseres Landes geben, wobei immer stark die Bedeutung Badens als Grenzland unterstrichen wird. Den Höhepunkt des umfassenden kulturellen Programms dürfen wir, wie gesagt, in dem ersten badischen Brudner-Fest vom 5. bis 10. November erblicken, nachdem am 9. Juni v. J. in Freiburg der Badische Brudner-Bund ins Leben gerufen wurde, dessen Schirmherr der Karlsruher Oberbürgermeister Dr. Finter ist. Daneben findet in der Bad. Hochschule für Musik eine Brudner-Ausstellung statt, welche wertvolle Aufschlüsse über das Lebenswerk des berühmten Komponisten Anton Brudner vermittelt wird.

Das Badische Landestheater bringt eine Reihe von Wagner-Aufführungen sowie den Faust I. und II. Teil, ferner sind große und sicher überall Interesse findende Konzertaufführungen vorgesehen, so der Badischen Hochschule für Musik, der Konzertdirektionen Kreuzer und Schläile, des Kirchenchors St. Bonifazius und des Instrumentalvereins Karlsruhe, des weiteren eine öffentliche Werbelundgebung für das deutsche Lied, veranstaltet von der Karlsruher Sängervereinigung. Auch der Bahreuther Bund der deutschen Jugend hat sich in den Dienst der Sache gestellt. Am 5. Oktober wird eine Gedentafel für Richard Wagner am Haus Kaiserstraße 76 eingeweiht. Wissenschaft und Dichtkunst werden in dem Programm der Herbsttage einen Ehrenplatz einnehmen durch Darbietungen des Landesvereins „Badische Heimat“ und der Gesellschaft für geistigen Aufbau.

Man ist gewillt, den Fremden, die wiederum zu vielen Tausenden nach Karlsruhe kommen werden, auf allen Gebieten Spitzenleistungen zu bieten, in der Erwartung, daß auch die Karlsruher Bevölkerung nach außen hin an den Herbsttagen (mehr wie es bisher geschehen ist!) freundigen Anteil nimmt. Eine willkommene Bereicherung erfährt schließlich das Programm durch eine Reihe bedeutsamer sportlicher Veranstaltungen.

In einer Besprechung, zu welcher der Karlsruher Verkehrsverein eingeladen hatte, erhielt man einen interessanten Ein-

blick in die Einzelheiten der oben erwähnten Darbietungen, gegeben durch Verkehrsleiter Rader, Amisrat Rauhach und den Schriftführer des Verkehrsvereins, Redakteur Wöhle, welche Herren unermüdet und mit Erfolg tätig sind, um dem schönen Beginn zum Siege zu verhelfen.

Bei dieser Gelegenheit wurden auch interessante Mitteilungen über das große Badener Treffen im Juli kommenden Jahres gemacht, das zu einer heimatspolitischen Veranstaltung ersten Ranges zu werden verspricht und in ihrem Kern über die Grenzen des Badener Landes hinaus Bedeutung für das ganze Deutsche Reich erlangt. Die Vorarbeiten haben kräftig eingesetzt, und es ist damit zu rechnen, daß die in allen Weltteilen zerstreuten badischen Landesländer, aber auch die Angehörigen der anderen deutschen Landsmannschaften in recht großer Zahl im kommenden Sommer die badische Landeshauptstadt aufsuchen werden. Es ist bemerkenswert, daß im In- und Auslande über 100 Badener-Vereine festgelegt werden konnten, davon in Deutschland 85, in der Schweiz 16 und in Amerika 46. Das Jahr 1930 bringt außerdem verschiedene bedeutende Kongresse nach Karlsruhe.

Ein Veteran des Gastwirtgewerbes gestorben. Bahnhofrestaureur Karl Stelzer ist im hohen Alter von nahezu 80 Jahren nach langer Krankheit gestern vormittag gestorben. Er war langjähriger Vorstand der Vereinigung der badischen Bahnhofswirte und ein Vorstandsmitglied des bad. Gastwirtverbandes. Als tüchtiger Geschäftsmann führte er seit einem Menschenalter die Karlsruher Bahnhofswirtschaft und brachte sie als muntergültig zu höchster Blüte. 1849 in Untergrombach (Amt Bruchsal) geboren, hatte er seit über 30 Jahren die Karlsruher Bahnhofswirtschaft übernommen. Längere Zeit gehörte er dem Karlsruher Bürgerausschuß an, im Stiftungsrat der Viehbräuerkirche (Südstadt) war Stelzer ständiges Mitglied. Der Verstorbenen war Veteran von 1870/71 beim damaligen Badischen Artillerieregiment (Gottesau).

Prozeß mit politischem Hintergrund. Das Schöffengericht Karlsruhe verurteilte am Donnerstag 10 Kommunisten, die — wie schon mitgeteilt — angeklagt waren, daß sie die bei der Auflösung des Roten Frontkämpferbundes vorhandene kommunistische Schalmeikapelle unter anderem Namen weitergeführt haben. Drei Hauptangeklagte erhielten Gefängnisstrafen von vier und fünf Monaten, während sieben weitere Angeklagte zu je drei Monaten Gefängnis wegen Vergehens gegen das Republikengesetzgebot verurteilt wurden. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Sommeroperette im Städtischen Konzerthaus. Heute Freitag, 20 Uhr, Volksvorstellung zu ermäßigten Preisen: „Schwarzwaldbüchel“ mit Maria Brach als Barbele. — Morgen, Samstag, 20 Uhr, findet die Uraufführung der Operette „Kirmes in Redargemünd“ von Rudolf Kral unter persönlicher Leitung des Komponisten bei gewöhnlichen Preisen statt. Zu dieser Uraufführung haben sich eine ganze Reihe auswärtiger Bühnenleiter angebotet. Die Operette „Kirmes in Redargemünd“ wird Sonntag, 20 Uhr, erstmalig wiederholt. Auch diese Aufführung wird der Komponist persönlich dirigieren. — Sonntag, nachmittags 15.30 Uhr, Fremdenvorstellung bei kleinen Preisen: „Schwarzwaldbüchel“ mit Maria Brach. — Montag, 20 Uhr, bei ermäßigten Preisen „Tanzgräfin“; letztes Auftreten von Eril Seydewitz.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die Nacht noch weithin von Island gelegene Zirkone ist heute nach dem Raume südlich von Island gezogen. In breitem Strome flutete die kühle maritime Luft über das Festland. Die erste der darin enthaltenen Regenfronten zog im Laufe der Nacht bei uns durch und brachte mehrstündige Niederschläge und in der Ebene sechs bis acht Millimeter, im Gebirge zehn Millimeter Ergiebigkeit. Weitere Regenfronten folgten nach. Wetterausichten: Fortdauer der unbedingten Witterung, langames Nachlassen der Niederschläge.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Mannheim, 22. Aug. Das Palast-Kaffee, welches seit Frühjahr d. J. geschlossen ist, wird im September wieder eröffnet. Das im Februar abgebrannte Kabinett „Viellet“, welches gleichfalls zu den ehemaligen Süga-Betrieben gehörte, wird wieder aufgebaut. Die beiden Unternehmen werden von der Bavaria-Gesellschaft geführt werden.

D3. Rittersdorf (A. Raftatt), 23. Aug. Dieser Tage wurde hier im Waldheim eine männliche Leiche vollständig unbekleidet angetroffen. Zwei Tage zuvor hatte man im Rhein bei Diersheim, Amt Nehl, die Leiche des Profuriten Hubert Leber, gebürtig aus Freiburg, gefunden. Die Angehörigen konnten den Ertrunkenen sofort wiedererkennen. Es besteht kein Zweifel, daß Leber freiwillig den Tod gesucht hat. Er hinterläßt eine Witwe und eine 17jährige Tochter. Der Tote war lange Jahre bei der Firma Anton André, Sohn, chem. Fabrik, Oppenau, beschäftigt.

D3. Rittersdorf (A. Raftatt), 23. Aug. Die ergiebigen Regengüsse im Gebiete des Oberrheins haben den Wasserstand innerhalb 48 Stunden um 1/2 Meter gehoben. Unmittelbare Hochwassergefahr besteht jedoch nicht.

D3. Karlsruhe Bühlerhöhe, 22. Aug. Die Ankunft des Reichslanzlers Hermann Müller wird erst für den morgigen Freitag erwartet.

WB. Insel Mainau, 22. Aug. Über das Befinden der seit längerer Zeit auf der Insel Mainau weilenden Königin von Schweden wird mitgeteilt, daß die Königin seit Wochen sehr leidend und weiterhin sehr erholungsbedürftig sei, und daß sie seit Tagen das Bett hüten muß. Der König, der zum 67. Geburtstag der Königin anfangs des Monats hier eingetroffen war und vorübergehend abwesend ist, wird in den nächsten Tagen zurück erwartet.

D3. Vom Bodensee, 23. Aug. Die diesjährige Blaufelsen-Fangergebnisse können als gut bezeichnet werden, was wohl nicht zuletzt von der Uferstaat zum Schutze der Blaufelsenbestände erlassenen gemeinsamen Vorschriften zuzuschreiben ist.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with 4 columns: City, 23. August, 22. August, and 21. August. Rows include Amsterdam, Kopenhagen, London, New York, Paris, Schweiz, and Wien.

Zum Zusammenbruch der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-AG.

Die Gläubigerversammlung der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-AG, die am Donnerstag in der Distriktsgefellschaft zu Berlin stattfand, hat zu einem positiven Ergebnis geführt. Laut „Woff. Zig.“ haben fast sämtliche größeren Gläubiger, sowohl deutsche wie ausländische, einem dreimonatigen Moratorium zugestimmt. Da nicht alle Gläubigervertreter mit ausreichenden Vollmachten versehen waren, wurden jedoch verschiedene Vorbehalte gemacht.

Die Verbindlichkeiten der Frankfurter Allgemeinen erscheinen etwas geringer, als man anfangs annahm. Zur Zeit werden sie auf 106 Mill. Reichsmark beziffert. Die Höhe der Verluste steht noch immer nicht fest, doch dürfte maximal mit 40 bis 50 Millionen zu rechnen sein. Demgegenüber stehen das Kapital und die offenen Reserven der Frankfurter mit etwa 30 Mill. Reichsmark. Die Portfeuillewerte an Aktien und Anteilen anderer Versicherungsgesellschaften werden auf 25 Mill. Reichsmark geschätzt (15 Millionen über Buchwert). Schließlich kommen noch die 15 Millionen hinzu, die die Allianz zahlt, so daß danach wenigstens 60 Millionen Reichsmark Aktiven vorhanden sind. Danach würde nach Einfluß sämtlicher Reserven möglicherweise noch etwas für die Aktionäre übrig bleiben.

Nach dem jetzt vorliegenden, immer noch provisorischen Status würde es also voraussichtlich nicht notwendig sein, daß die Banken in Form von Garantien für dritte Gläubiger einspringen, trotzdem ist zur ruhigeren Abwicklung die Bildung eines Garantiefonds in Aussicht genommen.

Erklärungen, welche der zurückgetretene Generaldirektor der Allianz, Dr. Schmitt, gab, lassen erkennen, daß der Fall Frankfurter Allgemeine in versicherungsmäßiger Hinsicht als erledigt gelten kann. Nun arbeitet die „Neue Frankfurter“ mit dem gesamten Apparat der alten Frankfurter, der erhalten werden konnte. Die Frage nach Herausnahme der technischen Reserven aus der Masse ist nach Schmitts Versicherung gelöst. Er schätzt sie auf 25 Millionen. Auf die Hälfte hat man auf dem Wege über die Verrechnung gegen den Kaufpreis verzichtet, so daß die Hälfte der Masse verbleibt. Wie hoch diese Reserven in Reichsmark sind, weiß man heute noch nicht; notfalls soll ein Schiedsgericht hierüber, wie über den Kaufpreis, entscheiden.

Das Aktienkapital der neugegründeten „Neue Frankfurter Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft“ von 5 Mill. Reichsmark, das mit 25 Proz. eingezahlt wird, geht vollständig in den Besitz der Allianz und der bisher schon mit ihr in Verbindung stehenden Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft über. Die Direktion besteht aus Direktor Eduard Hilgard und Dr. Hans Gehl, beide von der Allianz, sowie Direktor Heinrich Schumacher von der alten Frankfurter Allgemeinen. Der Aufsichtsrat besteht aus Generaldirektor Dr. Kurt Schmitt als Vorsitzenden (Allianz), Generaldirektor Kommerzienrat Dr. Max Georg (Aufsichtsratsvorsitzender der Allianz) und Dr. Wilhelm Siechtal (Generaldirektor der Münchener Rückversicherung).

Genossenschaften und Frankfurter Versicherungs-AG.

Unter der Überschrift „Das badische Genossenschaftswesen schwer in Mitleidenschaft gezogen“, wird im Zusammenhang mit den bei der „Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-AG“ aufgetretenen Schwierigkeiten die Nachricht verbreitet, daß infolge engsten Zusammenschlusses mit der genannten Versicherungsgesellschaft fast das gesamte badische und mittelhessische Genossenschaftswesen in Mitleidenschaft gezogen würde. Im Laufe der Jahre seien dem Genossenschaftswesen Millionenbeträge der „Frankfurter“ zugeflossen, die jetzt aus Anlaß des Zusammenbruchs der Frankfurter Versicherungskonzerns zurückgezogen werden müßten.

Wie dazu mitgeteilt wird, ist zu dieser Angelegenheit festzustellen, daß das badische landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, Karlsruhe im Freiburger Richtung, mit dem genannten Versicherungskonzern noch niemals in direkter oder indirekter Verbindung gestanden hat. Diese oder ähnliche Mitteilungen entbehren also in der vorliegenden verallgemeinerten Form jeder Grundlage.

Die Landesgewerbebank für Südwestdeutschland AG., hatte zu Mittwoch ihre Aktionärgenossenschaften zu einer Aussprache nach Karlsruhe eingeladen, um Aufklärung über ihre Beziehungen zum Konzern der „Frankfurter Allgemeinen“ zu geben. Nach eingehender Besprechung der gesamten Verhältnisse wurde folgende Entschiedenheit einstimmig gefaßt: „Die in Karlsruhe versammelten badischen und mittelhessischen Mitglieds-genossenschaften der Landesgewerbebank für Südwestdeutschland AG., Karlsruhe, erklären einmütig, daß sie der Landesgewerbebank nach wie vor ihr volles Vertrauen entgegenbringen und dieses Vertrauen durch nichts erschüttern lassen. Sie sind gewillt und bereit, sich mit allen Kräften für die Erhaltung und den Ausbau ihrer Verbandstasse einzusetzen und können dies um so eher tun, als die Preussische Zentralgenossenschaftstasse und die übrigen Interessenten ebenso der Überzeugung sind, daß bei ruhigem Fortgang ein erfolgreiches Arbeiten auch weiterhin gewährleistet ist, und daher ihre Mithilfe und Mitarbeit in Aussicht stellen.“

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Umpfarrung des Hofes Wudensturm von Hohensachsen nach Heddesheim. Das Erzdiözesanliche Ordinariat hat nach Einholung der staatlichen Genehmigung durch Entschliegung vom 25. Juli 1929 (Anzeigebblatt für die Erzdiözese Freiburg Nr. 23 vom 30. Juli 1929) die auf dem Gebiete der ehemaligen Hofgemeinde Wudensturm wohnenden Katholiken mit Wirkung vom 1. April 1929 von der Pfarrei und Kirchengemeinde Hohensachsen losgetrennt und mit der Pfarrei und Kirchengemeinde Heddesheim vereinigt.

Karlsruhe, den 19. August 1929. Der Minister des Kultus und Unterrichts J. A. Dr. Steiner.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurrücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern:

Planmäßig ange stellt: Regierungsbaumeister Werner Verta bei der Gebäudeversicherungsanstalt als Regierungsbaumeister.

Justizministerium

Ernannt:

Justizpraktikant Josef Leib beim Amtsgericht Freiburg zum Justizobersekretär, Kanzleihilfin Johanna Ritter bei der Staatsanwaltschaft Mannheim zur Kanzlistin.

Versetzt:

Justizinspektor Josef Grundel bei der Direktion der Strafankalten in Bruchsal zum Amtsgericht daselbst, Justizobersekretär Oskar Noé beim Amtsgericht Pfullendorf zum Amtsgericht Mühlheim, Justizassistent Franz Grab beim Notariat Bonndorf zum Notariat Kirchgarten.

### Gemeinderundschau

Das Finanzamtgebäude in Tiengen. Mittwoch mittag erfolgte die Abnahme und Übergabe des von der Stadtgemeinde Tiengen nach den Angaben des Landesfinanzamts Karlsruhe errichteten und vorläufig bezahlten neuen Finanzamtgebäudes. Zugegen waren außer dem Bürgermeister Dr. Franken Landesfinanzamtsdirektor Dr. Müller, Regierungsrat Rittenhaller und der Amtsvorstand, Regierungsrat Dr. Bühler. Das neue Amt paßt sich äußerlich aufs beste in das Landschaftsbild ein und ist, was Innenarchitektur und Ausstattung mit praktischem Verwaltungsgerät anbelangt, ein in jeder Beziehung modernes Verwaltungsgebäude. Das Amt hat einstellweise außer den erforderlichen Nebenräumen 30 Büros, deren Zahl durch leicht zu bewerkstelligende Einbauten auf 38 erhöht werden kann. Außerdem sind im Amt zweckmäßig eingerichtete, gefällige Wohnungen für den Amtsvorstand und den Hausmeister eingebaut. In der letzten Augustwoche wird das Amt vollends mit den Möbeln eingerichtet und den Akten bezogen, so daß am Montag, den 2. September, der Verkehr mit dem Publikum aufgenommen werden kann. Dank der Initiative der Stadtverwaltung ist damit das Finanzamt der Gemeinde erhalten geblieben. Es ist ein Ziel für sie, abgesehen von den wirtschaftlichen Vorteilen aller Art, die aus der Anwesenheit einer so großen und viel begangenen Werkstätte für eine Gemeinde entspringen.

40jähriges Jubiläum des Kurvereins Titisee. Am 21. März d. J. waren 40 Jahre verflossen, seit dem Tage, an dem in Titisee der Verschönerungs- und Verkehrsverein gegründet wurde. Bauern und Gastwirte hatten sich in vorbildlicher Einigkeit zur Gründung dieser Interessengemeinschaft vereinigt. Mit 57 Mitgliedern trat der neue Verein ins Leben. Der erste Vorsitzende war lange Zeit der Hotelier Friedrich Jäger. Am 20. Juni 1909 wurde der Verein in das Vereinsregister beim Amtsgericht Neustadt eingetragen, am 17. April 1920 wandelte er seinen Namen in Kurverein Titisee e. V. um, 1921 wurde der derzeitige Vorsitzende, Adolf Guth, an die Spitze des Vereins berufen. In unermüdlicher Tätigkeit hat der Verein allen Widerständen zum Trotz einen der schönsten Kurorte des badischen Schwarzwaldes zu schaffen gewußt.

Der Bürgerausschuß Oberkirch hat dem Vorschlag für 1929/30 einstimmig zugestimmt. Der ungedeckte Aufwand beträgt 135 286 M., die Gemeindesteuer somit von je 100 Reichsmark Steuerwert: beim Grundvermögen 1,04 M., beim Betriebsvermögen 42 Pf., und beim Gewerbevermögen 5,22 M. Es ist die gleiche wie im Vorjahre.

Der Bürgerausschuß Freiburg verhandelte in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung zwölf Vorlagen, wovon acht die Herstellung von Straßen und den Bezug von Anliegern zu den Straßenherstellungskosten behandelten. Es handelt sich

dabei um Straßen, die meist in dem neuen Klinikgebiet liegen. Von einigem Interesse war die Erwerbung domäneneigenen Geländes durch die Stadt. Der Oberbürgermeister erklärte, daß die Stadt dem badischen Finanzminister für seine Förderung der Angelegenheit zu Dank verpflichtet sei. Bei der Vorlage über die Verlegung des Hölzlebaches wurde die für Freiburg dauernd latente Strandbadfrage angeschnitten. Eine befriedigende Lösung dieser Frage sei vorerst nicht möglich. Man müsse sehen, eine schnellere Verbindung mit Breisach und dem Rheine zu ermöglichen. Punkt zwölf, der in geheimer Sitzung behandelt wurde, behandelte die Erwerbung von Kunstgegenständen aus dem Besitz eines Freiburger Bürgers. Die namentliche Abstimmung ergab die Annahme.

Eine Berliner Inlandanleihe. Die Verhandlungen der Stadt Berlin mit dem von der Preußischen (Seehandlung und Deutsche Bank) gebildeten Konjunktionsrat über eine neue Berliner Inlandanleihe sind im wesentlichen abgeschlossen. Die neue Anleihe wird in Höhe von 40 Millionen Reichsmark aufgelegt, rückzahlbar zu pari nach vier Jahren; Zeichnungskurs 95 Proz. Die Anleihe dient der Finanzierung von einmaligen Ausgaben verschiedener Art, insbesondere auf dem Gebiet des Schulwesens, der Gesundheitspflege und des Wohnungsbau.

### Statt jeder besonderen Anzeige TODESANZEIGE

Gott, dem Allmächtigen, hat es gefallen, unseren geliebten, treubesorgten Vater und herzensguten Großvater, Schwiegervater und Onkel

**Herrn Karl Stelzer**  
Bahnhofwirt  
Veteran von 1870/71

nach einem arbeitsreichen Leben von seinem schweren Leiden zu erlösen. Er starb, öfters gestärkt durch die hl. Sakramente, im 80. Lebensjahr sanft und gottergeben.

**KARLSRUHE, Donaueschingen, den 22. August 1929**  
Bahnhofplatz 1

In tiefer Trauer:

Berta Schwank Wwe. geb. Stelzer,  
Anna Schneider geb. Stelzer,  
Marie Werner geb. Stelzer  
Lenchen Stelzer Wwe. geb. Kosel,  
Hermann Werner  
und Enkelkinder

Die Beisetzung findet am Samstag, den 24. August, um 3 1/2 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt. Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand nehmen zu wollen.

Nach schwerer Krankheit und doch unerwartet ist unser verehrter Prinzipal

**Herr Karl Stelzer**  
Bahnhofwirt

aus diesem Leben geschieden.

Wir stehen trauernd vor der Bahre dieses edlen Mannes, durch dessen Tod ein vorbildliches und arbeitsreiches Leben seinen Abschluß gefunden hat. Stets treubesorgt, jederzeit eng verbunden mit dem Wohl und Wehe seiner Untergebenen, stellt diese mit seltener Hilfsbereitschaft ausgestattete Tugend einen hervorragenden Ausschnitt dar im Lebenswerk dieses großen Menschen und Wohltäters. Sein ehrendes Andenken wird uns unauslöschlich bleiben.

760

Die Angestellten  
der Bahnhofswirtschaft Karlsruhe.

### Städtische Sparkasse Philippsburg (Öffentliche Sparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1928.

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenvorrat	21 559,16	1. Spareinlagen	
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Post-scheidamt	17 907,50	a) neue Spareinlagen	844 467,50
3. Wechsel	16 339,96	b) Aufwertungsbelegen	535 178,17
4. Darlehen a. Hypotheken	595 702,—	2. Giro- und Scheckeinlagen	93 408,17
5. Darlehen a. Schuldschein	213 762,85	3. Anleihenkapitalien	14 418,21
6. Darlehen in laufender Rechnung	134 886,47	4. Ausgaberrückstände	30,—
7. Betriebskapitalanteil b. der Girozentrale Mannheim	24 500,—	5. Aufwertungsrücklage	1 168,27
8. Gerätschaften	928,—	6. Reinerwerb auf 31. XII. 1927	31 766,62
9. Gebäude	4 751,—	7. Reingewinn 1928	15 077,42
10. Einnahmerückstände	45 645,20		
11. Aufwertungsforforderungen	459 592,22		
	1 535 574,36		1 535 574,36

### Berechnung der Rücklage:

Die fahungsgemäße Rücklage hat zu betragen:  
5% aus 937 935,67 M Einlagen = 46 896,78 RM  
Sie beträgt auf 31. XII. 1928 46 844,04 RM  
Es fehlen somit zur fahungsgemäßen Höhe 52,74 RM

Philippsburg, den 15. Juli 1929.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates:

Zimmermann, Bürgermeister.

Der Geschäftsführer:

Schäfer.

Feuerwehrschlauchwagen

Spritzenwagen

Leichenwagen

liefert als Spezialität

3 verschiedene neue Leichenwagen

sind preiswert abzugeben

Offerte u. Photographie kostenlos 358

**JOSEF GUNZ,**

Wagenbauanstalt (gegr. 1879)

Achern (Baden)

Detektiv-Institut u. Privat-Rückmittel

„Mannheim“

Argus 0 6, 6 Planken 729

A. Maior & Co., G.m.b.H.

Neu und gepolte

**Pianos**

in jeder Preislage, vom billigsten Lern-Klavier bis zum kostbarsten Flügel.

Lucwig Schweisgut

Karlsruhe i. B. Erbprinzenstr. 4 beim Rondellplatz.

Speisezimmer Herrenzimmer Schlafzimmer Küchen einzelne Möbelstücke

**Möbel**

in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus

**Maier Weinheimer**

Karlsruhe Zahlungsverleicherung, Kronenstr. 32

Kein Laden, daher billigste Preise 493

SOMMER-OPERETTE

im Städtischen Konzerthaus

Freitag, 23. August 20 Uhr:

2 Volks-Vorstellungen zu ermäßigten Preisen (0,90 bis 3,— RM)

**Schwarzwaldmädel**

mit Marita Prach als Bärbele

Samstag, den 24. August, 20 Uhr Uraufführung

**Kirmes in Neckargemünd**

unter persönlicher Leitung des Komponisten Rudolf Perak

Gewöhnliche Preise (1,20 bis 4,50 RM)

Sonntag, 25. August nachmittags 15,30 Uhr

zu kleinen Preisen (0,75 bis 3,— RM)

**Schwarzwaldmädel**

mit Marita Prach als Bärbele

Abends 20 Uhr: zum erstenmal wiederholt:

**Kirmes in Neckargemünd**

unter persönlicher Leitung des Komponisten Rudolf Perak

Gewöhnliche Preise (1,20 bis 4,50 RM.)